

Firrell, Justin (L B 1)

Von: Radtke-Matern, Nico (L B 1)
Gesendet: Mittwoch, 11. Mai 2022 13:01
An: Firrell, Justin (L B 1)
Cc: [REDACTED]
Betreff: WG: WICHTIG: Fragen zur Inflation
Priorität: Hoch

Von: [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 11. Mai 2022 12:59
An: Pressestelle BMF <Presse@bmf.bund.de>; Pressestelle BMF <Presse@bmf.bund.de>
Betreff: WICHTIG: Fragen zur Inflation
Priorität: Hoch

Sehr geehrter Herr Dr. Leber,
sehr geehrte PressereferentInnen,

lassen Sie mich Ihnen im Namen der Berliner Zeitung einige Fragen von unseren Lesern zur Inflation in Deutschland stellen. US-Präsident Biden hat die Inflation gerade „seine oberste innenpolitische Priorität“ genannt, also möchten wir gerne wissen, wie das Finanzministerium seine Aufgaben in der aktuellen Krise wahrnimmt.

[REDACTED]

Ich danke Ihnen im Voraus für die Antwort.

[REDACTED]

BZ

Berliner Zeitung
E-Mail
Phone

BV Berliner Wochenzeitung GmbH | Alte Jakobstr. 105 | D-10969 Berlin | berlinerverlag.com
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg | HRB 213 343 B

Geschäftsführer: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller

Firrell, Justin (L B 1)

Von: Klär Dr., Erik (I A 1)
Gesendet: Mittwoch, 11. Mai 2022 14:50
An: Firrell, Justin (L B 1)
Cc: [REDACTED]
Betreff: WG: Wirtschaftsausschuss: Ausschussdrucksache 20(9)68 - Bericht des BMWK zu TOP 4 der 11. Sitzung
Anlagen: 20(9)68_BMWK-Schriftbericht_Inflation und Maßnahmen.pdf
Priorität: Niedrig

Hallo Herr Firrell,

das ist ein Bericht des BMWK an die Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses. Ich weiß nicht, ob der auch öffentlich gemacht wird, das könnte aber LA3 sicher sagen. Für die Beantwortung der Presseanfrage ist es aber sicher hilfreich.

Viele Grüße
Erik Klär

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Lux, Andreas (I B 1)
Gesendet: Dienstag, 10. Mai 2022 10:32
An: Referat IA1 <IA1@bmf.bund.de>; Referat IA5 <IA5@bmf.bund.de>; Referat IC1 <IC1@bmf.bund.de>; Referat IC6 <IC6@bmf.bund.de>; Referat IB2 <IB2@bmf.bund.de>; Referat IB3 <IB3@bmf.bund.de>
Betreff: zK: Wirtschaftsausschuss: Ausschussdrucksache 20(9)68 - Bericht des BMWK zu TOP 4 der 11. Sitzung
Priorität: Niedrig

Grüße
Andreas Lux

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Wirtschaftsausschuss PA9 <wirtschaftsausschuss@bundestag.de>
Gesendet: Dienstag, 10. Mai 2022 10:23
An: Wirtschaftsausschuss PA9 <wirtschaftsausschuss@bundestag.de>
Betreff: Wirtschaftsausschuss: Ausschussdrucksache 20(9)68 - Bericht des BMWK zu TOP 4 der 11. Sitzung

An: ordentliche und stellvertretende Mitglieder des Wirtschaftsausschuss;

Referentinnen und Referenten der Fraktionen;

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz;

Landesvertretungen

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

sehr geehrter Herr Abgeordneter,

sehr geehrte Damen und Herren,

zu TOP 4 der 11. Sitzung (nicht öffentlich) am 11. Mai 2022 erhalten Sie anliegend einen Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Ines Scholz

Wirtschaftsausschuss (PA 9)

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30 227 -33342

Telefax: +49 (0)30 227-36708

ines.scholz@bundestag.de

wirtschaftsausschuss@bundestag.de

www.bundestag.de/wirtschaft

www.bundestag.de/datenschutz

Firrell, Justin (L B 1)

Von: Wulff Dr., Alexander (I A 5)
Gesendet: Freitag, 13. Mai 2022 12:20
An: Firrell, Justin (L B 1)
Cc:

Betreff: Presse-Fragen zur Inflation
Anlagen: Presseanfrage_final.docx

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

Lieber Herr Firrell,

anbei der Antwortentwurf (IA5, EB1, IA1) zu unten genannter Presse-Anfrage.

Beste Grüße

Alexander Wulff

Dr. Alexander Wulff

Referat I A 5

Durchwahl: 1356

Von: Firrell, Justin (L B 1) <Justin.Firrell@bmf.bund.de>
Gesendet: Mittwoch, 11. Mai 2022 15:53
An: Wulff Dr., Alexander (I A 5) <Alexander.Wulff@bmf.bund.de>; Baumann Dr., Elke (I A 5) <Elke.Baumann@bmf.bund.de>
Cc: Kalwey Dr., Nadine (L B 1) <Nadine.Kalwey@bmf.bund.de>
Betreff: Presse-Fragen zur Inflation

Lieber Herr Wulff,

wie besprochen bitte ich um Erstellungs eines Antwortbeitrages zu untenstehender Presse-Anfrage.

Vielen Dank im Vorab!

Mit freundlichen Grüßen

Justin Firrell

Von: [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 11. Mai 2022 12:59
An: Pressestelle BMF <Presse@bmf.bund.de>; Pressestelle BMF <Presse@bmf.bund.de>

Betreff: WICHTIG: Fragen zur Inflation
Priorität: Hoch

Sehr geehrter Herr Dr. Leber,
sehr geehrte PressereferentInnen,

lassen Sie mich Ihnen im Namen der Berliner Zeitung einige Fragen von unseren Lesern zur Inflation in Deutschland stellen. US-Präsident Biden hat die Inflation gerade „seine oberste innenpolitische Priorität“ genannt, also möchten wir gerne wissen, wie das Finanzministerium seine Aufgaben in der aktuellen Krise wahrnimmt.

[REDACTED]

Ich danke Ihnen im Voraus für die Antwort.

[REDACTED]



Schriftweg
E-Mail [REDACTED]
Phone [REDACTED]

BV Berliner Wochenzeitung GmbH | Alte Jakobstr. 105 | D-10969 Berlin | berlinerverlag.com
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg | HRB 213 343 B

Geschäftsführer: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller

Sehr geehrte [REDACTED]

vielen Dank für Ihre Fragen, die ich im Gesamtkontext beantworte:

Die derzeitige Inflationsentwicklung ist auch für die Bundesregierung Anlass zur Sorge. Wir beobachten die Situation genau und wissen, dass sie Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen vor große Herausforderungen stellt. Insbesondere die Energiepreise weisen, zuletzt durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg in der Ukraine nochmal spürbar verstärkt, sehr hohe Steigerungsraten auf. Die Bundesregierung hat insofern bereits umfassende und sofort wirkende Entlastungspakete mit Blick auf die hohen Energiepreise auf den Weg gebracht, welche die Kaufkraft der Haushalte und die Liquidität der Unternehmen stärken. Diese Maßnahmen wirken dabei als Stoßdämpfer, ohne Marktkräfte aufzulösen. Natürlich gilt aber auch, dass der Staat einen Wohlstandsverlust, wie er sich jetzt durch den russischen Krieg einstellt, nicht vollumfänglich abfedern kann.

Mit Blick auf den Krieg, aber auch auf die notwendige Transformation der Wirtschaft ist es das Ziel der Bundesregierung, die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen im Allgemeinen und Energieimporten aus Russland im Besonderen schnell zu verringern. Daher hat die Bundesregierung in ihrem Paket vom 23. März 2022 auch zahlreiche Maßnahmen zur Diversifizierung der Energiequellen, zur Steigerung der Energieeffizienz und zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien beschlossen.

Die EZB ist ihrem Primärmandat der Preisstabilität verpflichtet und unabhängig. Dies respektiert die Bundesregierung. Unabhängigkeit ist essentiell für die Glaubwürdigkeit der EZB und dafür, dass sie ihrem Mandat der Preisstabilität effektiv nachkommen kann.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der EZB-Rat mit seinen Beschlüssen vom Dezember 2021 die geldpolitische Normalisierung eingeleitet und diese mit den nachfolgenden Beschlüssen fortgeführt hat. In seiner letzten Sitzung am 14. April bekräftigte der EZB-Rat die Erwartung, dass Nettoankäufe auch im Asset Purchase Programme (APP) im dritten Quartal dieses Jahres eingestellt werden. Der EZB-Rat hatte schon vor einiger Zeit beschlossen, bei der geldpolitischen Normalisierung nach einer bestimmten Abfolge („sequencing“) vorzugehen und erst Nettoankäufe von Vermögenswerten zu beenden und im Anschluss Zinsen anzuheben. Nach dem Ende der Nettoankäufe könnten gemäß der von der EZB kommunizierten Abfolge dann Zinsen angehoben werden.

Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten ist zuvorderst das Mandat der EZB. Von Seiten der Finanzpolitik ist es wichtig in der derzeitigen Situation dafür sorgen, dass die Politik keinen zusätzlichen Preisdruck entstehen lässt. Dies umfasst eine tragfähige Finanzpolitik, mit der Ausgaben konsequent priorisiert und öffentliche Mittel effektiv

eingesetzt werden. Es bedeutet auch, sich glaubhaft zur verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und auf europäischer Ebene zum Stabilitäts- und Wachstumspakt als Zeichen finanzpolitischer Stabilität zu bekennen.

In diesem Zusammenhang verweise ich gerne auf das von Bundesfinanzminister Lindner am 11. Mai 2022 vorgestellte finanzpolitische Strategiepapier „Finanzpolitik in der Zeitenwende – Wachstum stärken und inflationäre Impulse vermeiden“, abrufbar unter: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/finanzpolitik-in-der-zeitenwende.html

Firrell, Justin (L B 1)

Von: Firrell, Justin (L B 1)
Gesendet: Montag, 16. Mai 2022 12:54
An: [REDACTED]
Betreff: WG: Fragen zur Inflation

Sehr geehrte [REDACTED],

vielen Dank für Ihre Anfrage, die ich für das Bundesministerium der Finanzen wie folgt beantworten kann:

Die derzeitige Inflationsentwicklung ist auch für die Bundesregierung Anlass zur Sorge. Wir beobachten die Situation genau und wissen, dass sie Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen vor große Herausforderungen stellt. Insbesondere die Energiepreise weisen, zuletzt durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg in der Ukraine nochmal spürbar verstärkt, hohe Steigerungsraten auf. Die Bundesregierung hat insofern bereits umfassende und sofort wirkende Entlastungspakete mit Blick auf die hohen Energiepreise auf den Weg gebracht, welche die Kaufkraft der Haushalte und die Liquidität der Unternehmen stärken. Diese Maßnahmen wirken dabei als Stoßdämpfer, ohne Marktkräfte aufzulösen. Natürlich gilt aber auch, dass der Staat einen Wohlstandsverlust, wie er sich jetzt durch den russischen Krieg einstellt, nicht vollumfänglich abfedern kann.

Mit Blick auf den Krieg, aber auch auf die notwendige Transformation der Wirtschaft ist es das Ziel der Bundesregierung, die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen im Allgemeinen und Energieimporten aus Russland im Besonderen schnell zu verringern. Daher hat die Bundesregierung in ihrem Paket vom 23. März 2022 auch zahlreiche Maßnahmen zur Diversifizierung der Energiequellen, zur Steigerung der Energieeffizienz und zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien beschlossen.

Die EZB ist ihrem Primärmandat der Preisstabilität verpflichtet und unabhängig. Dies respektiert die Bundesregierung. Unabhängigkeit ist essentiell für die Glaubwürdigkeit der EZB und dafür, dass sie ihrem Mandat der Preisstabilität effektiv nachkommen kann.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der EZB-Rat mit seinen Beschlüssen vom Dezember 2021 die geldpolitische Normalisierung eingeleitet und diese mit den nachfolgenden Beschlüssen fortgeführt hat.

Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten ist zuvorderst das Mandat der EZB. Von Seiten der Finanzpolitik ist es wichtig in der derzeitigen Situation dafür sorgen, dass die Politik keinen zusätzlichen Preisdruck entstehen lässt. Dies umfasst eine tragfähige Finanzpolitik, mit der Ausgaben konsequent priorisiert und öffentliche Mittel effektiv eingesetzt werden. Es bedeutet auch, sich glaubhaft zur verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und auf europäischer Ebene zum Stabilitäts- und Wachstumspakt als Zeichen finanzpolitischer Stabilität zu bekennen.

In diesem Zusammenhang verweise ich gerne auf das von Bundesfinanzminister Lindner am 11. Mai 2022 vorgestellte finanzpolitische Strategiepapier „Finanzpolitik in der Zeitenwende – Wachstum stärken und inflationäre Impulse vermeiden“, abrufbar unter:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/finanzpolitik-in-der-zeitenwende.html

Mit freundlichen Grüßen

Justin Firrell



Justin Firrell

Bundesministerium der Finanzen
Pressesprecher | Referat Presse
Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Festnetz: +49 3018 682 4566

E-Mail: justin.firrell@bmf.bund.de

Internet: www.bundesfinanzministerium.de



Von: [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 11. Mai 2022 12:59
An: Pressestelle BMF <Presse@bmf.bund.de>; Pressestelle BMF <Presse@bmf.bund.de>
Betreff: WICHTIG: Fragen zur Inflation
Priorität: Hoch

Sehr geehrter Herr Dr. Leber,
sehr geehrte PressereferentInnen,

lassen Sie mich Ihnen im Namen der Berliner Zeitung einige Fragen von unseren Lesern zur Inflation in Deutschland stellen. US-Präsident Biden hat die Inflation gerade „seine oberste innenpolitische Priorität“ genannt, also möchten wir gerne wissen, wie das Finanzministerium seine Aufgaben in der aktuellen Krise wahrnimmt.

[REDACTED]

Ich danke Ihnen im Voraus für die Antwort.

[REDACTED]



Berliner Zeitung
E-Mail [REDACTED]
Phone [REDACTED]

BV Berliner Wochenzeitung GmbH | Alte Jakobstr. 105 | D-10969 Berlin | berlinerverlag.com
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg | HRB 213 343 B

Geschäftsführer: Dr. Mirko Schjefelbein, Christoph Stiller

27. Januar 2022

Policy Paper – G7-Präsidentschaft im Finance Track

I. Einleitung

Am 1. Januar 2022 hat die Bundesrepublik Deutschland für ein Jahr die G7-Präsidentschaft übernommen. Den G7-Staaten obliegt als führenden Industriestaaten und als Wertegemeinschaft eine besondere Verantwortung für die Gestaltung einer Zukunft in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Wohlstand, Stabilität und Solidarität. Für die Bundesregierung bietet die G7-Präsidentschaft die große Chance, bereits zu Beginn der Legislaturperiode globale Themen aktiv mitzugestalten.

Unter der deutschen Präsidentschaft wollen wir gemeinsam den Beitrag der G7 bei wichtigen Zukunftsfragen unterstreichen, den Multilateralismus stärken und die großen wirtschafts- und finanzpolitischen Themen der kommenden Jahre voranbringen. Die Schwerpunkte des *G7 Finance Track* der deutschen Präsidentschaft sind die notwendigen Weichenstellungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung von der Corona-Pandemie, finanzielle Stabilität und Resilienz unserer Volkswirtschaften für zukünftige Krisen sowie die Gestaltung der bevorstehenden Transformationsprozesse im Kontext von Digitalisierung und Klimaneutralität. Dabei werden wir an die Ergebnisse früherer Präsidentschaften anknüpfen. Während der deutschen G7-Präsidentschaft sind sechs Treffen der FinanzministerInnen und NotenbankgouverneurInnen geplant. Das zentrale Treffen, dessen Beschlüsse durch ein gemeinsames Kommuniqué festgehalten werden sollen, ist vom 18. bis 20. Mai 2022 in Deutschland geplant. Ergänzt werden die G7-Treffen auf MinisterInnenebene durch regelmäßige und vertrauliche Treffen ihrer StellvertreterInnen (*G7 Finance Deputies*) und AbteilungsleiterInnen (*G7 Deputies' Deputies*).

II. Schwerpunktthemen

1. Makroökonomische Stabilität

Zur Bewältigung der Pandemie und ihrer ökonomischen Folgen sind die G7-Staaten zunächst gefordert, angemessene Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Erholung vor dem Hintergrund von Lieferengpässen und geld- und fiskalpolitischen Unterschieden umsichtig zu setzen. Internationale Kooperation ist in dieser Situation besonders wichtig und kann die krisenhafte Zuspitzung von makroökonomischen Divergenzen verhindern. Dabei wollen wir an die erfolgreiche Koordinierung in der Coronakrise anknüpfen. Die pandemiebedingten Unterstützungsmaßnahmen von historischem Ausmaß leisten einen

zentralen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft. Allerdings stellt die aktuelle Inflationsdynamik, auch angesichts rasant gestiegener Energiepreise, die Politik vor besondere Herausforderungen. In einigen wichtigen Währungsräumen der G7 zeichnet sich dementsprechend auch eine geldpolitische Neukalibrierung ab. Wir werden uns im G7 *Finance Track* über die situationsgerechten Anpassungspfade in der Fiskal- und Geldpolitik eng austauschen. Damit wollen wir der komplexen aktuellen Wirtschaftslage gerecht werden, aber auch die Weichen für eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik nach der Pandemie stellen. In diesem Sinne setzen wir uns für nachhaltige Staatsfinanzen und ein widerstandsfähiges Finanzsystem ein – fiskalische Puffer stärken die Resilienz unserer Volkswirtschaften und stellen sicher, dass eine stabilitätsorientierte Geldpolitik nicht infrage gestellt wird. Auch im Bereich der Finanzmärkte sollten im Gleichschritt mit den sinkenden kurzfristigen Risiken aus der Coronakrise die mittelfristigen Gefahren wieder verstärkt in den Blick genommen werden. Gerade angesichts krisenbedingt gestiegener öffentlicher und privater Verschuldung – in den G7-Ländern und weltweit – kommt der G7 hier eine wichtige Rolle als globaler Stabilitätsanker zu.

Gleichzeitig wollen wir die großen anstehenden Transformationsprozesse hinsichtlich Digitalisierung und Klimaneutralität inklusiv, resilient und wachstumsfördernd voranbringen. In der G7 wollen wir sicherstellen, dass wir die Herausforderung der Transformation meistern, ihre Chancen für eine neue Wachstumsdynamik nutzen, und nicht einzelne Bevölkerungsgruppen abgehängt werden. Angesichts der ungleichen Auswirkungen der Pandemie wollen wir in der G7 besprechen, wie wir Chancengleichheit, Gleichberechtigung und insbesondere die Rolle von Frauen in der Wirtschaft noch besser befördern können. Diese Transformationsprozesse werden umfassende private und öffentliche Investitionen erfordern, die wir – auch im Kontext der schon beschlossenen Wachstumspakete innerhalb der G7 – diskutieren wollen. Dabei wollen wir uns zur wichtigen Rolle dieser Investitionen bekennen, um wirtschaftliche Chancen und nachhaltigen Wohlstand zu schaffen und die gesamtwirtschaftliche Produktivität langfristig zu steigern.

Die Pandemie stellt viele Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen vor besonders große Herausforderungen, einschließlich einer hohen Verschuldung. Die G7-Staaten stehen als wichtigste Gläubiger in der Verantwortung, eine multilaterale Unterstützung sicherzustellen. In diesem Sinne werden wir im G7-Kreis die Situation der betroffenen Länder fortlaufend beobachten und die Arbeit der internationalen Organisationen und multilateralen Entwicklungsbanken unterstützen. Als G7 setzen wir uns auch für die verstärkte Umsetzung der internationalen Schuldenstrategie – insbesondere einer verbesserten Implementierung des *G20 Common Framework for Debt Treatments* – ein, damit wir eine nachhaltige Schuldenbehandlung der ärmsten Länder erreichen.

2. Überwindung der globalen Corona-Pandemie

Eine wesentliche Voraussetzung zur wirtschaftlichen Erholung ist die nachhaltige Überwindung der Corona-Pandemie. Der einzig nachhaltige Weg aus der Pandemie führt über das Impfen. Wir wollen die globale Antwort auf die Corona-Pandemie stärken. Hierzu wollen wir die globale Impfkampagne weiter energisch voranbringen. Um die weltweite Impfstoffversorgung zu verbessern, müssen wir Produktionskapazitäten für wirksame Impfstoffe rasch erhöhen, für eine ausreichende Finanzierung der Impfstoffallianz COVAX sorgen und, wo immer möglich, Impfdosen abgeben. Ab dem ersten Quartal 2022 ist mit einer zunehmend besseren Verfügbarkeit von Impfstoffen auch für ärmere Länder zu rechnen, so dass der Aufbau einer effektiven Verteilungs- und Verimpfungslogistik auch in ärmeren und entlegeneren Teilen der Welt immer stärker zur vordringlichen Aufgabe wird. Deutschland ist seiner Vorbildrolle gerecht geworden und war 2021 zweitgrößter Geber der multilateralen Initiative zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie („Access to Covid-19 Tools-Accelerator“ (ACT-A)). Wir unterstützen alle vier Säulen dieser Initiative, um zur globalen Bereitstellung von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika sowie der Stärkung von Gesundheitssystemen beizutragen. Im Kreis der G7 werden wir uns für eine ausreichende Finanzierung einsetzen. Gleichzeitig wollen wir Lehren aus der Pandemie ziehen und langfristig für mehr Resilienz sorgen. Das umfasst unter anderem den Ausbau von multilateralen Pandemievorsorgekapazitäten und die Stärkung einer kohärenten und adäquat finanzierten globalen Gesundheitsarchitektur.

3. Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir wirtschaften, arbeiten und kommunizieren. Vor diesem Hintergrund möchten wir im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft die Chancen der Digitalisierung aufzeigen und einen engen Austausch der G7 fördern. Als G7 werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, die konkrete Umsetzung der historischen Einigung zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft (Zwei-Säulen-Projekt) sicherzustellen. Dies erfordert auch eine weitere Stärkung der internationalen Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen. Die G7-Staaten sollten hier als Vorbild vorangehen.

In einer zunehmend digitalisierten Welt steigt der Bedarf nach effizienten und innovativen Bezahlverfahren, die auch grenzüberschreitende Zahlungen günstig und schnell ermöglichen. Neben privaten Lösungen könnte zusätzlich digitales Zentralbankgeld UnternehmerInnen und VerbraucherInnen in Zukunft neue Zahlungsmöglichkeiten bieten und die Integration und Innovation in einer zunehmend digitalen und dynamischen Wirtschaft fördern. Mehrere Länder erproben die Ausgabe digitalen Zentralbankgelds bereits. Schwerpunkt des *G7 Finance Track* werden daher die Potenziale und Herausforderungen von digitalem Zentralbankgeld sein. Dabei ist klar: Digitales

Zentralbankgeld wird Bargeld – als weitere Form des Zentralbankgeldes – nur ergänzen, nicht ersetzen. Nachdem wir im vergangenen Jahr als G7 umfassende Prinzipien für die Entwicklung von digitalem Zentralbankgeld verabschiedet haben, wollen wir uns unter deutscher G7-Präsidentschaft vertieft mit der Interoperabilität von digitalem Zentralbankgeld beschäftigen und die Implikationen von digitalem Zentralbankgeld für die Finanzstabilität weiter analysieren. Zudem wollen wir Wettbewerbsfragen im Bereich digitaler Bezahlverfahren aufgreifen, die sich durch das Vordringen von *BigTechs* in Zahlungsverkehrsdienstleistungen stellen. Ebenso werden wir die aktuellen Entwicklungen von privaten *Krypto-Assets* (einschl. sogenannter *Stablecoins*) weiter im G7-Kreis diskutieren. Wir werden einen Markteintritt von privaten *Stablecoins* nicht akzeptieren, solange die von diesen ausstrahlenden globalen Risiken nicht weltweit angemessen regulatorisch berücksichtigt sind.

Angesichts der rasanten Entwicklungen im Bereich Digitalisierung entwickeln wir im G7-Kreis unseren engen Austausch zu Cyberrisiken im Finanzsektor weiter und unterstützen wichtige Projekte der *Financial Action Task Force* zur Digitalisierung der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

4. Klimaneutralität

Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Das Erreichen der Klimaneutralität spielt im *Finance Track* entsprechend eine zunehmend bedeutende Rolle. Wir wollen das bestehende Momentum für eine finanzpolitische Umsetzung der globalen Klimaagenda nutzen: Alle G7-Länder haben sich zu Klimaneutralität bis spätestens 2050 (oder wie in Deutschland sogar 2045) bekannt. Ein zentrales Instrument, um das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen, ist die Bepreisung von Treibhausgasemissionen. Während es in Deutschland und der EU bereits ein System zur Bepreisung von CO₂ gibt, verfügen viele Staaten über keine oder unterschiedlich hohe CO₂-Preise - auch innerhalb der G7. Diese Unterschiede bergen die Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen (sog. *Carbon Leakage*) sowie von Nachteilen klimapolitisch ambitionierter Staaten im internationalen Wettbewerb. Eine effektive Koordinierung der CO₂-Bepreisung zu erreichen, liegt somit in unserem ureigenen Interesse und fällt ganz überwiegend in den Zuständigkeitsbereich der Finanzministerien. Wir wollen im Rahmen unserer Präsidentschaft auf ein gemeinsames Verständnis hinarbeiten, um verschiedene Instrumente der CO₂-Bepreisung vergleichbar zu machen. Als mittelfristigen multilateralen Lösungsansatz für koordinierten und ambitionierten Klimaschutz, auch zur präventiven Vermeidung möglicher Handelsstreitigkeiten, streben wir die Schaffung eines offenen und kooperativen Klimaclubs an. Die deutsche G7-Präsidentschaft kann einen wichtigen Beitrag leisten, diesen multilateralen Ansatz voranzutreiben.

Darüber hinaus wollen wir die vielseitigen ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels diskutieren. Ein besseres Verständnis der möglichen Szenarien und Kosten des Klimawandels ist ein wichtiger Grundstein effektiver finanzpolitischer Entscheidungen auf dem Weg zur Klimaneutralität zum Beispiel mit Blick auf mögliche verteilungspolitische und inflationstreibende Effekte der Transformation. Um das Bekenntnis der G7 zur Klimaneutralität zu untermauern, werden wir weiter an dem Ziel arbeiten, umweltschädliche Subventionen und Steuerregelungen abzuschaffen, bzw. die Einsatzmöglichkeiten von umweltfreundlichen Lenkungssteuern zu eruieren.

Anknüpfend an die Ergebnisse der Klimakonferenz COP26 in Glasgow wollen wir im G7-Kreis diskutieren, wie die internationale Klimafinanzierung langfristig effektiv und fair aufgestellt werden kann. Wir werden einen klaren Fahrplan zum 100-Mrd.-USD-Ziel unterstützen. Mit Blick auf die Biodiversitätskonferenz COP15 werden wir ebenfalls eine nachhaltige Finanzierung zum Erhalt von Biodiversität und die Rolle von finanzpolitischen Entscheidungen in diesem Kontext diskutieren. Außerdem wollen wir uns im G7-Kreis für eine weitere Stärkung von Nachhaltigkeit im internationalen Finanzsystem (*Sustainable Finance*) einsetzen, damit Nachhaltigkeitsaspekte bei den Entscheidungen der Finanzmarktakteure noch stärker berücksichtigt werden. Als wichtigste Industrieländer haben die G7-Staaten eine Vorbildfunktion und können z. B. ambitionierte, glaubwürdige und praktikable globale politische Optionen erarbeiten. In diesem Sinne unterstützen wir auch den Aufbau des *International Sustainability Standard Board (ISSB)*, um Nachhaltigkeit in der Unternehmensberichterstattung zu stärken und setzen uns für einen einfachen und zentralen Zugang zu Klimadaten ein. Zur Stärkung eines effektiven Klima- und Umweltschutzes unterstützen wir auch - nach Standards der *Financial Action Task Force* - den Kampf gegen illegale Finanzströme im Zusammenhang mit Umweltdelikten.

III. Weitere Themen, die auf der G7-Agenda fortgeführt werden

In Ergänzung zu den genannten Schwerpunkten werden wir unter deutscher G7-Präsidentschaft weitere Themen auf der bisherigen G7-Agenda fortführen. Angesichts der wichtigen Stellung der G7-Staaten im Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) werden wir uns zu Fragen der IWF-Geschäftspolitik innerhalb der G7 weiterhin intensiv abstimmen. Im Jahr 2022 steht insbesondere die Einrichtung des *Resilience and Sustainability Trust* und die Vorbereitung der 2023 anstehenden Quotenreform auf der Agenda. Auch die Tätigkeiten der multilateralen Entwicklungsbanken und ihrer *Governance* werden wir weiterhin im G7-Kreis besprechen. Anknüpfend an die G7-Präsidentschaft von UK wollen wir außerdem die internationalen Bemühungen zur Transparenz bezüglich wirtschaftlich Berechtigter an Unternehmen (*Beneficial Ownership*) weiter vorantreiben.